

Geschichtsrevisionismus bekämpfen! Aufklärungsarbeit leisten!

Antrag des BAK Shalom | Bundeskongress der Linksjugend [solid] | 21.-22.03.2009 in Mannheim

Beschluss:

Als linker Jugendverband beziehen wir deutlich Stellung. Linksjugend [solid] wird sich daher an Bündnissen und Aktionen beteiligen, um geschichtsrevisionistische Tendenzen zu bekämpfen. Wir werden es nicht zulassen, dass sich „Deutsche Vertriebene“ als eine Opfergruppe unter vielen sehen und damit die deutsche Kriegsschuld und den industriellen Massenmord an Millionen von Jüdinnen und Juden relativieren. Der BundessprecherInnenrat wird daher aufgefordert Mitgliedern auf Orts- und Landesebene die nötige Unterstützung zu gewährleisten, Aufklärung über die Schrecken der nationalsozialistischen Herrschaft zu realisieren um Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen.

Begründung:

Die Diskussion um die Besetzung des Stiftungsrats der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ des in Berlin geplanten Vertriebenenzentrums hat es deutlich gemacht: Geschichtsrevisionistische Ansichten existieren in der Bundesrepublik nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft. Mit Bestürzen nehmen wir die Aufregung in der deutschen Öffentlichkeit¹ über Bedenken in der polnischen Gesellschaft zu Sinn und Zweck einer geplanten Vertriebenen-Gedenkstätte wahr. Diese zeugt vom Unverständnis gegenüber einem Land, welches Millionen von Opfern durch die nationalsozialistische Besetzung während des Zweiten Weltkriegs zu beklagen hatte.

Der Bundesverband der Vertriebenen (BdV) ist hierbei ein Akteur, welcher seit Jahrzehnten immer wieder die deutsche Opferrolle im Zweiten Weltkrieg beschwört. Die Geschichte des BdV zeugt vom Unverständnis gegenüber der deutschen Verbrechen. Der Bundesverband der Vertriebenen wurde u.a. von NS-Größen nach dem Krieg gegründet. Nicht wenige der „vertriebenen Deutschen“ wurden jedoch erst durch die nationalsozialistische Germanisierungspolitik vorallem in den Gebieten des heutigen Polens angesiedelt. Erst der Sieg der alliierten Streitkräfte konnte die Pläne der Nationalsozialisten stoppen. Die im Potsdamer Abkommen festgelegte Umsiedlung der Deutschen aus Osteuropa erfolgte auch, weil die massive Beteiligung der ansässigen deutschen Bevölkerung an der nationalsozialistischen Politik ein zukünftiges Zusammenleben mit den Opfern der deutschen Herrschaft unmöglichen gemacht hätte.

Heutzutage bezeichnet der BdV die fünf neuen Bundesländer immer noch gern als Mitteldeutschland.² Im Jahr 1998 äußerte sich Erika Steinbach, dass es den „Vertriebenen“ um eine „grundsätzliche Rückkehrmöglichkeit“ gehen würde.³ Versöhnungspolitik sieht nach unserer Ansicht anders aus.

Eine Bearbeitung des Themas kann in keiner Weise losgelöst von den Verbrechen der Deutschen während der Zeit des Nationalsozialismus geschehen. Trotzdem gibt es noch heute BdV-Mitglieder, welche die „Vertriebenen“ als die letzten Opfer Hitlers betrachten. Diese Sichtweise ist den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gegenüber unzumutbar.

¹ <http://www.sueddeutsche.de/358384/847/2789645/Unverstaendnis-fuer-Lammert.html>

² <http://www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/historie-3.php3>

³ Interview von Thomas Zorn mit Erika Steinbach in *Focus*, Nr. 20 vom 11. 05. 1998